

AMNESTY INTERNATIONAL . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Verwaltungsgericht Berlin  
32. Kammer  
Berichterstatler Dr. Droste  
Kirchstraße 7

10557 Berlin

---

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Berlin, den
13.08.19	VG 32 K 177.17 A	MDE 12–19.014	09.12.2019

#### VERWALTUNGSSTREITVERFAHREN EINES ÄGYPTISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Anfrage im Verwaltungsstreitverfahren eines ägyptischen Staatsangehörigen.

Ihre Fragen kann Amnesty International wie folgt beantworten:

**1. Liegen Amnesty International Erkenntnisse darüber vor, dass ägyptische Staatsangehörige, die im Ausland an einer oder mehreren regimekritischen Demonstrationen teilgenommen haben, deshalb mit erheblichen Folgen von Seiten ägyptischer Sicherheitskräfte, insbesondere bei der Einreise über den Flughafen Kairo, rechnen müssen, wenn ja mit welchen?**

Frage 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

**2. Mit welchen Folgen muss der Asylantragsteller rechnen, wenn seine Teilnahme an einer Demonstration oder mehreren Demonstrationen auf veröffentlichten Bildern oder Videos zu sehen ist?**

Amnesty International sind keine Fälle bekannt, in denen eine Person allein aufgrund der Teilnahme an einer Demonstration im Ausland in Ägypten verhaftet wurde.

Die ägyptische Immigrationsministerin Nabila Makram äußerte sich im Rahmen einer Feier für Exilägypter in Kanada jedoch dahingehend, dass Personen, die „auch nur ein schlechtes Wort über das Land“ sprächen, „aufgeschlitzt“ würden. Dabei habe sie sich mit dem Finger über den Hals gefahren<sup>1</sup>. Ausgehend von solchen Aussagen und den drastisch zunehmenden Repressionen gegen regierungskritisches Engagement in Ägypten selbst ist davon auszugehen, dass regierungskritische Aktivitäten im Ausland das Risiko für ägyptische Staatsangehörige erhöhen können, nach ihrer Rückkehr Opfer von Repressionen durch die ägyptischen Behörden zu werden. Dies gilt insbesondere für Personen, die den ägyptischen Behörden schon bekannt sind, weil sie in der Vergangenheit im Land bereits politisch aktiv waren, Kontakte zu politischen Organisationen und Personen in Ägypten pflegen, regierungskritische Medienarbeit geleistet oder aber Familie mit politischer Historie im Land haben.

---

<sup>1</sup> Briefing Note des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Gruppe 62, Informationszentrum Asyl und Migration), 29. Juli 2019

Amnesty International hält es jedoch für unwahrscheinlich, dass ägyptische Sicherheitskräfte eine Person bei ihrer Rückkehr nach Ägypten lediglich aufgrund ihrer Präsenz auf einem Foto von einer Demonstration im Ausland festnehmen würden, wenn diese Person bislang nicht politisch tätig war.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Menschenrechtsanwalt Khaled Ali wurde in Ägypten zwar aufgrund eines Fotos, auf dem er einen Gerichtsbeschluss feiert, verhaftet und zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Der Beschluss sollte verhindern, dass Ägypten die Inseln Tiran und Sanafir an Saudi-Arabien abgibt. Beide Inseln waren seit 1950 von Ägypten verwaltet worden, 2016 verpflichtete sich Präsident Abdel Fattah al-Sisi jedoch dazu, sie wieder in saudi-arabisches Hoheitsgebiet umzuwandeln. Der Entschluss löste Proteste aus, da Gegner\_innen vermuteten, er sei im Austausch gegen politische und finanzielle Unterstützung gefasst worden. Es ist aber unwahrscheinlich, dass ein solches Foto zu der Verhaftung einer Person führt, wenn diese nicht bereits von den Behörden überwacht wird, weil sie bekannt ist und entsprechende Verbindungen ins Land hat bzw. ein erhebliches regierungskritisches Engagement an den Tag legt.

### **3. Gibt es Erkenntnisse darüber, dass die ägyptische Botschaft oder ägyptische Sicherheitskräfte ein Interesse und die erforderlichen Mittel haben, die Personalien einfacher Demonstranten in Deutschland zu ermitteln?**

Amnesty International liegen keine Informationen dazu vor, ob und wie die ägyptische Botschaft in Berlin gegen einfache Demonstrierende ermittelt. Allerdings ist bekannt, dass die ägyptischen Behörden die Tätigkeiten von Personen überwachen können, die ihnen aufgrund ihrer hochrangigen Stellung oder ihres politischen Engagements bekannt sind.

So wurde der Journalist Ismail el-Iskandrani bei seiner Rückkehr aus Berlin am Flughafen in Kairo festgenommen und anschließend angeklagt, Militärgeheimnisse erhalten und veröffentlicht sowie Fehlinformationen veröffentlicht zu haben und Mitglied einer verbotenen Gruppierung zu sein<sup>2</sup>. Seine Arbeit fokussierte sich vor allem auf die Militäroffensive auf der Sinai-Halbinsel, von wo er über die Konfrontationen zwischen bewaffneten Gruppierungen und ägyptischen Sicherheitskräften berichtete. Vor seiner Verhaftung war er für eine Reihe öffentlicher Auftritte in Berlin gewesen. Nachdem er zwei Jahre in Untersuchungshaft festgehalten wurde, verurteilte ihn ein Militärgericht am 22. Mai 2019 zu 10 Jahren Haft<sup>3</sup>.

In Ägypten ist es außerdem verbreitete Praxis, gegen Familienangehörige von Regierungskritiker\_innen vorzugehen, die aus dem Exil heraus tätig sind. Es sind mindestens 28 Fälle bekannt, in denen Verwandte ägyptischer Medienschaffender oder politisch Aktiver, die sich im Ausland kritisch geäußert haben, tagelang verschwanden, verhaftet, schikaniert oder deren Häuser durchsucht wurden. In keinem dieser Fälle legten die Sicherheitskräfte Haft- oder Durchsuchungsbefehle vor.

Beispielhaft ist der Fall von Mohamed Ali, einem ehemaligen Auftragnehmer des ägyptischen Militärs, der von Spanien aus Videos auf Youtube veröffentlichte. In seinem ersten online veröffentlichten Video

<sup>2</sup> Amnesty International, 20. September 2017: „Egypt: Release journalist who has spent two years behind bars without charge or trial“. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/egypt-release-journalist-who-has-spent-two-years-behind-bars-without-charge-or-trial/>

<sup>3</sup> <https://madamasr.com/en/2018/05/22/news/u/military-court-sentences-journalist-ismail-alexandrani-to-10-years-in-prison/>



wirft er den ägyptischen Behörden Korruption vor. Nur wenige Tage später wurden seine Büroräume in Kairo geräumt und durchsucht, und sieben seiner Mitarbeiter\_innen festgenommen<sup>4</sup>.

Diese Fälle bestätigen, dass ägyptische Behörden die erforderlichen Mittel haben, um die Aktivitäten bestimmter ägyptischer Staatsangehöriger im europäischen Ausland zu verfolgen, und diese in bestimmten Fällen auch einsetzen. Zur konkreten Beteiligung der ägyptischen Botschaft in Berlin an derartigen Vorgängen liegen Amnesty International keine Informationen vor.

Zusätzliche Anmerkung aufgrund der zunehmenden systematischen Repressionen gegen Aktivist\_innen und Kritiker\_innen in Ägypten:

Vor dem Hintergrund der stetig zunehmenden Repressionen gegen unterschiedlichste Personen und der immer stärkeren Ausrichtung der staatlichen Behörden und Institutionen auf Überwachung und Unterdrückung ist es nur bedingt möglich, verlässliche Aussagen über Umfang der Überwachung und aus politischem Engagement entstehenden möglichen Konsequenzen zu machen.

Ägypten erlebt unter der Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi eine der schwersten Menschenrechtskrisen in der modernen Geschichte des Landes. Seit der Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013 nehmen Repressionen gegen Aktivist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen, Journalist\_innen, Demonstrierende und Studierende dramatisch zu.

Nachdem es am 20. September 2019 in mehreren Städten Ägyptens zu kleineren Demonstrationen gegen die Regierung gekommen war, versuchten die Behörden weitere Proteste zu verhindern, indem sie große Teile der Innenstadt von Kairo stilllegten und Massenverhaftungen durchführten. Bei Razzien wurden mehr als 2300 Menschen – darunter mindestens 111 Kinder – zusammengetrieben und Hunderte von friedlichen Demonstrierenden sowie Menschenrechtsanwält\_innen, Journalist\_innen, Aktivist\_innen und Politiker\_innen verhaftet<sup>5</sup>. In den darauffolgenden Wochen wurden weitere Menschen festgenommen, sodass die Anzahl der Verhaftungen auf 4000 innerhalb weniger Wochen anstieg. Viele dieser Personen wurden willkürlich festgenommen<sup>6</sup>.

Amnesty International sind außerdem hunderte Fälle bekannt, in denen Menschen verschleppt wurden und verschwanden. Immer wieder kommt es zu unfairen Gerichtsverfahren wegen der Teilnahme an Demonstrationen, bei denen auch zufällige Passant\_innen oder willkürlich festgenommene Zivilist\_innen verurteilt werden. Derzeit befinden sich über 60,000 politische Gefangene in ägyptischen Gefängnissen unter prekären Haftbedingungen<sup>7</sup>. Folter und Misshandlung werden von Sicherheitskräften routinemäßig eingesetzt. Diese schweren Menschenrechtsverletzungen werden grundsätzlich nicht verfolgt, ägyptische Sicherheitskräfte genießen fast vollständige Straffreiheit.

<sup>4</sup> Human Rights Watch, 19. November 2019: "Egypt: Families Of Dissidents Targeted": <https://www.hrw.org/news/2019/11/19/egypt-families-dissidents-targeted>

<sup>5</sup> Amnesty International, 02. Oktober 2019: „Egypt: Largest wave of mass arrests since President Abdel Fattah al-Sisi came to power“: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/10/egypt-largest-wave-of-mass-arrests-since-president-abdel-fattah-al-sisi-came-to-power/>

<sup>6</sup> Amnesty International, 27. November 2019: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/aegypten-ein-staat-im-permanenten-ausnahmestand>

<sup>7</sup> Amnesty International, 14. August 2019: „Ägypten: Immer noch bis zu 40 Personen in eine Zelle gepfercht“: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-aegypten-immer-noch-bis-zu-40-personen-eine-zelle-gepfercht>



Dabei kommt der Obersten Staatsanwaltschaft für Staatssicherheit (Supreme State Security Prosecution, SSSP) besondere Bedeutung zu. Die SSSP ist für Fälle zuständig, die mutmaßlich die nationale Sicherheit Ägyptens bedrohen; seit Amtsantritt des Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi hat sich die Anzahl dieser Fälle verdreifacht. Durch die weitgehenden Befugnisse der SSSP unter der Notstandsgesetzgebung werden Anti-Terrorismus-Gesetze routinemäßig missbraucht, um tausende friedliche Regierungskritiker\_innen strafrechtlich zu verfolgen und faire Gerichtsverfahren zu unterlaufen. Die SSSP ist an willkürlichen Verhaftungen, Folter und Verschwindenlassen beteiligt. In den vergangenen sechs Jahren dokumentierte Amnesty 138 Fälle, in denen die SSSP rechtswidrige Inhaftierungen anordnete. Nach Amnesty Internationals Einschätzung ist so ein paralleles Justizsystem entstanden, mit dem die ägyptische Regierung schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen legitimiert<sup>8</sup>.

Weiterhin werden die Aktivitäten unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen im Land massiv eingeschränkt, Mitarbeitende überwacht und bedroht. Gegen sie werden Ermittlungen eingeleitet und Ausreiseperrren verhängt. Viele ägyptische Menschenrechtsorganisationen haben in Folge verstärkter Kontrolle wichtige Programme eingestellt<sup>9</sup>. Dutzende ägyptische Menschenrechtsaktivist\_innen sind Anfang des Jahres 2019 auch verstärkt Ziel von Cyberangriffen geworden, bei denen Behörden mittels Phishing Informationen persönliche Daten von Personen erhalten wollen<sup>10</sup>.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Franziska Ulm-Düsterhöft

Fachreferentin Afrika

---

<sup>8</sup> Amnesty International, 27. November 2019: „Egypt: Permanent State of Exception: Abuses by the Supreme State Security Prosecution“: <https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE1213992019ENGLISH.pdf>

<sup>9</sup> Amnesty International, 25. Oktober 2018: „Ägypten: Unterdrückte Zivilgesellschaft braucht dringende Unterstützung der Bundesregierung“: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-unterdrueckte-zivilgesellschaft-braucht-dringende-unterstuetzung-der>

<sup>10</sup> Amnesty International, 06. März 2019: “Phishing attacks using third-party applications against Egyptian civil society organizations”: <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2019/03/phishing-attacks-using-third-party-applications-against-egyptian-civil-society-organizations/>

